

Telefax per Fax: 0761 / 20713-10

AOK - Oberstr. 12 - 77933 Lahr
Sozialgericht Freiburg
18. Kammer
Habsburgerstr. 127
78104 Freiburg

AOK - Die Gesundheitskasse Südlicher Oberrhein

Bezirksdirektion der AOK Baden-Württemberg

Versorgungsmanagement / Recht

Oberstr. 12, 77933 Lahr

E-Mail: ok.suedlicher-oberrhein@bw.aok.de
Internet: www.aok-bw.de

By regionales AOK-ServiceCenter 0761 20561856
(Mo-Fr: 7.00 - 21.00 Uhr, Sa: 9.00 - 13.00 Uhr)

Für Sie sind wir da
Montag - Mittwoch
Donnerstag
Freitag

8.30 - 17.00 Uhr
8.30 - 18.00 Uhr
8.30 - 16.00 Uhr

Ihr Gesprächspartner:
Telefon:
Telefax:
E-Mail: georg.kammerlander@bw.aok.de

Georg Kammerlander
07621 928-449
07621 928-129
georg.kammerlander@bw.aok.de

Datum
05.12.2017

Ihr Zeichen, Nachricht vom

Ihrer Zeichen
CCBL / Kr - SG 64/17 ER

S 16 KR 45706/17 ER

In der Rechtssache

- Antragsteller -

gegen

AOK Baden-Württemberg
Bezirksdirektion AOK - Die Gesundheitskasse Südlicher Oberrhein
vertr. d. d. Geschäftsführer
Oberstr. 12, 77933 Lahr

- Antragsgegnerin -

nehmen wir unter Bezug auf die gerichtliche Verfügung vom 30.11.2017 wie folgt Stellung und
beantragen

den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zurückzuweisen.

Zur Begründung tragen wir vor:

I.

Für den Antragsteller Claus-Stefan Volz, geb. 01.06.1977, besteht seit Dezember 2009 bei der
AOK Baden-Württemberg eine Versicherung aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II nach
§ 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB V.

Sparkasse Offenburg / Offenburg
Konto 175 000 000 000 000 00
IBAN DE30 0000 0000 0000 0000 00
BIC SOLADE33XXX

Volksbank Offenburg eG
Konto 111 406 000 000 000 00
IBAN DE35 0000 0000 0000 0000 00
BIC VOBKDE33XXX

Sparkasse Freiburg - Nord Freiburg
Konto 2000276 000 000 000 00
IBAN DE31 0000 0000 0000 0000 00
BIC SFBSDE33XXX

Volksbank Freiburg
Konto 1000000 000 000 000 00
IBAN DE40 0000 0000 0000 0000 00
BIC VOBKDE33XXX

IK 1074 1351 B

Auf Ihren Antrag
antwortet
greenAOK

AOK Lahr #001

II.

Gegenstand des anhängigen Verfahrens ist ein Antrag auf Kostenübernahme für Cannabinoiden in Form von Medizinal-Cannabisblüten nach § 31 Abs. 6 SGB V. Der Antrag war am 20.11.2017 unter Vorlage einer privatärztlichen Bescheinigung von Dr. med. F. Grotenhermen, Am Mildeweg 6, 59602 Rütten gestellt worden.

Der Antrag wurde durch Bescheid vom 23.11.2017 abgelehnt.

In dem Bescheid wurde darauf hingewiesen, dass eine Antragstellung auf die Versorgung mit Cannabinoiden auf der Grundlage des § 31 Abs. 6 SGB V nur unter Vorlage einer vertragsärztlichen Bescheinigung möglich ist.

Der Antrag wurde abgelehnt. Dem Versicherten wurde freigestellt, einen neuen Antrag unter Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung eines Vertragsarztes zu stellen.

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ist unbegründet.

Ein Anordnungsanspruch auf Versorgung mit Cannabisblüten nach § 31 Abs. 6 SGB V besteht schon deshalb nicht, weil es an einer vertragsärztlichen Verordnung fehlt.

Der Anspruch auf Versorgung mit Arzneimitteln als Sachleistung der gesetzlichen Krankenversicherung bedarf zu seiner Realisierung der Konkretisierung im Einzelfall, die eine vertragsärztliche Verordnung gemäß § 73 Abs. 2 Nr. 7 SGB V auf dem entsprechenden Formblatt erfordert. Bei der Versorgung mit Cannabis-Arzneimitteln muss die Verordnung zudem auf einem Betäubungsmittelrezept erfolgen, welches die in § 9 BtMVV vorgesehenen Angaben enthält. Ein Privat Rezept bzw. privatärztliches Betäubungsmittelrezept genügt hierfür nicht, weil damit allein nur das Vorliegen der Voraussetzungen des Betäubungsmittelrechts bestätigt werden, nicht aber die Voraussetzungen gemäß § 31 Abs. 6 SGB V.

(Hierzu LSG Baden-Württemberg, Beschluss vom 19.09.2017 – L 11 KR 3414/17 ER-B

III.

Da es bei dem Antrag vom 20.11.2017 an einer vertragsärztlichen Verordnung fehlt, ist somit ein Sachleistungsanspruch gegen die gesetzliche Krankenversicherung nach dem jetzigen Sachstand zu verneinen. Der Antrag vom 20.11.2017 wurde rechtmäßig mit Schreiben vom 23.11.2017 abgelehnt.

Die Ablehnung wurde nunmehr nochmals mit Schreiben vom 05.12.2017 wiederholt. Der Versicherte wurde darauf hingewiesen, dass er zum einen weiterhin die Möglichkeit hat einen Antrag unter Vorlage einer vertragsärztlichen Verordnung zu stellen, und zum anderen wurde darauf hingewiesen, dass er die Möglichkeit hat ausdrücklich einen Widerspruch gegen die lehnsentscheidung vom 23.11.2017 zu stellen.

Das Schreiben vom 05.12.2017 ist ergänzend zur Kenntnisnahme beigelegt.

IV.

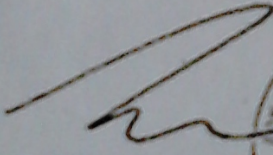
Ein Anordnungsgrund besteht im übrigen im vorliegenden Fall ebenfalls nicht. Eine besondere Dringlichkeit der Entscheidung, die eine einstweilige Regelung durch das Sozialgericht erforderlich machte, ist nicht ersichtlich. Dem Antragsteller ist weiterhin unbenommen sich einen Vertragsarzt zu wenden, um von diesem prüfen zu lassen, ob in seinem konkreten Einzelfall eine Verordnung von Cannabisblüten in Betracht kommt.

Der Umstand, dass die bisher von ihm konsultierten Vertragsärzte es abgelehnt hatten, eine entsprechende Verordnung zu erstellen, deutet nicht zwingend darauf hin, dass die Ablehnung zu Unrecht erfolgt ist; es ist aus unserer Sicht vielmehr davon auszugehen, dass der Antragsteller aus vertragsärztlicher Sicht kein Sachleistungsanspruch auf der Grundlage des § 31 Abs. 6 SGB V auf die Versorgung mit Cannabisblüten besteht.

Es besteht kein Anlass im Wege einer einstweiligen Anordnung eine abweichende Regelung zu treffen.

V.

Kopien der uns vorliegenden Verwaltungsakte haben wir beigelegt.


Georg Kammerlander
Versorgungsmanagement/Recht



Anlage
1 Bd. Verwaltungsakten in Kopie